

(Heiderose Berroth)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Da warst du noch gar nicht auf der Welt, Schmiedel!)

– Lachen Sie ruhig.

(Zurufe von der SPD)

Bevor Sie lachen, sollten Sie mich einmal zu Ende anhören. Wir waren die erste Partei, die das Thema Umwelt aufgegriffen hat.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: In den Freiburger Thesen befinden sich acht Seiten zum Thema Umwelt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Eine Problematik war nur – vielleicht lachen Sie jetzt auch deshalb –: Wer zu spät kommt, wird von der Geschichte bestraft. Das gilt vielmehr öfter auch für diejenigen, die zu früh kommen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir waren damals zu früh dran.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Inzwischen ist es leider so: Die Umweltthematik genießt bei uns zwar nach wie vor eine hohe Priorität, aber die Presse weigert sich des Öfteren, das überhaupt wahrzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer sich mit unserer internen Partearbeit befasst, wird erkennen, wie wichtig uns das Thema Umwelt ist. Dazu werden Sie von uns in nächster Zeit auch noch einiges hören.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun zu einigen Einzelpunkten.

Im Bereich Naturschutz halten wir es für notwendig, dass ein langfristiges Zusammenwachsen der beiden Naturparke Nord- und Südschwarzwald zu einem einzigen Naturpark Schwarzwald erfolgt.

(Unruhe)

Das ist aus verschiedenen Gründen wichtig. Man kann den Schwarzwald nicht auseinander dividieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zur Wasserqualität: Wir haben in verschiedenen Bereichen immer noch zu hohe Nitrateinträge und vor allem im Oberrheintal hohe Pflanzenschutzrückstände. Die Maßnahmen der SchALVO sollten künftig zielgenauer und effektiver eingesetzt und vor allem für die Landwirtschaft praxisgerechter gestaltet werden.

Wir sollten noch viel mehr Augenmerk auf die Qualität des Grundwassers richten. Das gilt allerdings für das ganze

Land. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Grundwasserschutz gibt es ja die INTERREG-Projekte. Sie schlagen den richtigen Weg ein.

Die europäische Luftreinhalterahmenrichtlinie wird zurzeit vom Bund umgesetzt. Daraus werden sich verschärfte Immissionsgrenzwerte ergeben. Das wird entscheidend für den regionalen Luftreinhalteplan sein, der auch im Bereich Freiburg–Lörrach–Basel grenzüberschreitend erstellt werden sollte.

Zum Schluss komme ich noch auf den Bereich der regenerativen Energien und die Situation des Waldes zu sprechen. Die Lösung wird mit Sicherheit nicht darin liegen, auf jedem Bergrücken und auf verschiedenen Wiesen immer wieder ein Windrad zu errichten. Vielmehr brauchen wir eine vernünftige Konzeption der Bündelung und eine Ergänzung durch Nutzung der regenerativen Energien, die in unserem Land sinnvoll anwendbar sind und auch größere Mengen an Energie produzieren können. Das Stichwort „große Wasserkraft“ muss hier in Südbaden erwähnt werden. Das wird ein Thema sein, das dringend angegangen werden muss.

Ein Thema ist dabei auch die Verwendung von Holzbiomasse.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Führen Sie die Gespräche doch bitte draußen.

(Abg. Dr. Caroli SPD, in Richtung CDU weisend: Schauen Sie einmal dort hinüber, Frau Präsidentin!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was die Holzbiomasse betrifft, so ist Baden-Württemberg Spitzenreiter. Allerdings brauchen wir – auch da steht der Bund in der Pflicht – eine wesentliche Vereinfachung der Genehmigungsverfahren insbesondere im Zusammenhang mit den Staubemissionen.

Auch im Umweltbereich ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unabdingbar und immer notwendiger. Sie muss intensiviert und zielgerichtet fortgeführt werden. Es geht hierbei aber nicht nur darum, dass Institutionen zusammenarbeiten. Ein wichtiges Projekt bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger. Mein Dank gilt daher zum Schluss all denen, die sich am Dreiländerkongress „Begegnungen am Oberrhein“ aktiv beteiligt haben. Die Abschlusskonferenz dieses Kongresses fand in der letzten Woche in Straßburg statt. Das ist eine gute Basis für die Weiterführung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die wir gern positiv begleiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt aber, Boris!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Müller, es war heute wirklich auffällig, den Unterschied zwischen den Reden

(Boris Palmer)

des Kollegen Kretschmann und des Kollegen Müller zu beobachten. Während der Kollege Kretschmann herausgearbeitet hat, dass die Region Freiburg durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie eine besondere Lebensqualität mit besonderem Wirtschaftswachstum, Herr Kollege Hofer, verbindet, hat der Minister Müller sich benommen, als wäre er nicht der Umweltminister des Landes, sondern der Vorstandsvorsitzende einer Asphaltmischwerkgesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Rüeck CDU: Unglaublich!)

Die Rede von Herrn Minister Müller hat sich ausschließlich auf den Straßenbau konzentriert,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

als wäre das der Kern der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Man hat nichts davon gehört, dass zum Beispiel der Hochwasserschutz ein wichtiges Projekt der grenzübergreifenden Zusammenarbeit wäre – vielleicht, weil er da ohnehin mit Hochwasserhosen herumläuft, nachdem Sie ihm das Geld dafür verweigert haben.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, in aller Kürze, nachdem der Minister eine allgemeine verkehrspolitische Debatte eröffnet hat, vier Widerspruchspunkte.

Erstens: Mangel an Geld. Herr Minister Müller, sich über einen Mangel an Geld zu beklagen, wenn Sie im Bundesrat die Lkw-Maut ablehnen, die uns endlich eine Perspektive schafft, den Lkw-Verkehr einzudämmen und Geld für den Straßenbau wie für den Schienenverkehr zu gewinnen,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

ist vollkommen unseriös.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Hat er das abgelehnt? Sag mal!)

Zweitens: Herr Minister, Sie beklagen sich darüber, das 50 % dieses Geldes nicht in den Straßenbau, sondern in den Schienenverkehr fließen. Dann schweigen Sie bitte in Zukunft zum Thema Ökologie.

Drittens: Herr Minister, es gibt keinen Mangel an Geld in Baden-Württemberg, was den Straßenbau angeht, sondern einen Überfluss an Planungen. Sie werden nicht ernsthaft erwarten, dass der Bund 50 % seiner Investitionsmittel für den Straßenbau ausschließlich nach Baden-Württemberg gibt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Diese Forderung ist vollkommen unseriös.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Punkt: Stadttunnel Freiburg. Ich glaube, man muss Ihnen noch einmal klar machen, dass eine Priorisierung eines Projekts nicht mit der Ablehnung eines anderen Projekts gleichbedeutend ist. Oberbürgermeister Salomon würde geradezu verantwortungslos handeln, wenn er sich nicht dafür einsetzen würde, dass der Stadttunnel in Freiburg zuerst gebaut wird. Alles andere würde den Interessen Freiburgs widersprechen.

Im Übrigen: Sie haben mit dem Bau der B 31 Ost dafür gesorgt, dass Freiburgs Innenstadt vom Verkehr erdrückt wird. Jetzt tragen Sie auch die Verantwortung, dass dafür eine Lösung geschaffen wird. Diese Lösung ist nicht der Ausbau der A 5, der lediglich mehr „Stauraum“ für Lkws schafft und ansonsten herzlich wenig für die Stadt Freiburg bewirkt.

(Beifall bei den Grünen)

Dritter Punkt ist die angeblich hervorragende Behandlung der Region hier durch die Landesregierung beim öffentlichen Verkehr. Sie haben einen Betrag von 46 Millionen DM genannt. Ich halte dagegen: 500 Millionen € aus Regionalisierungs- und Landesmitteln wollen Sie für das Wahnsinnsprestigeprojekt Stuttgart 21 verbuddeln; davon wird Freiburg nie irgendetwas sehen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich halte dagegen: Durch überteuerte Prestigeprojekte wie einen S-Bahn-Anschluss für Bernhausen für 187 Millionen DM fehlt Geld.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: He, he, he! Absolut notwendig! – Weitere Zurufe von der FDP/DP)

Ein Zug pro Stunde für Investitionskosten in Höhe von 187 Millionen DM! Das ist ein völlig überzogener Prestigebau. Das hätte sich billiger regeln lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der FDP/DVP – Lebhaftes Unruhe)

– Nur weil Sie dort wohnen und alle Stunde ein Zug fährt, ist das Geld noch nicht sinnvoll eingesetzt, Herr Kollege Noll.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Ich halte drittens dagegen: Solange es notwendig ist, von Freiburg über Basel nach Colmar zu fahren, und der Minister kein Wort dazu sagt, dass die Strecke Breisach–Colmar endlich reaktiviert werden muss, tun Sie für Freiburg im Schienenverkehr viel zu wenig.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Immer vor und etwas anderes erzählen!)

– Ich erzähle in Stuttgart auch, dass ich gegen Stuttgart 21 bin. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sie haben doch die Regionalisierung gewollt!)

Jetzt komme ich zu meinem vierten und letzten Punkt, Herr Kollege Hofer: die Regionalisierungsmittel. Ich habe ja ver-

(Boris Palmer)

mutet, dass Sie das noch einmal ansprechen möchten. Deswegen gehe ich darauf ein.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schlangenlinien!)

Das alte Regionalisierungsgesetz hätte für Baden-Württemberg eine Reduktion der Zahlungen des Bundes im Jahr 2001 um 40 Millionen € gegenüber dem von uns nun beschlossenen Gesetz bedeutet. 40 Millionen € mehr durch unser Gesetz allein im Jahr 2001 in Baden-Württemberg und in Zukunft 1,5 % mehr jedes Jahr statt der Koppelung an die Umsatzsteuer, die bei der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung auch negativ ausgehen kann. Deswegen hat es sich nicht um eine Kürzung gehandelt. Wer regelmäßig 1,5 % mehr und eine Garantie für die zu viel geleisteten Zahlungen der Vergangenheit als Kürzung darstellt, der kann nicht rechnen oder sagt die Unwahrheit. Nur eines von beiden ist möglich, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Deswegen fassen wir zusammen: Herr Minister Müller, wenn Sie wieder zu solchen Themen reden, dann vergessen Sie bitte nicht, dass Sie auch Umweltminister und nicht nur Betonminister sind. Die Umwelt wird es Ihnen danken.

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Von verschiedenen Rednern ist zu Recht angemerkt worden,

(Unruhe)

dass die Hauptbemühungen um den Erfolg dieser Region von Akteuren aus dieser Region kommen. Das soll auch ausdrücklich anerkannt werden.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Mir und der Landesregierung in Stuttgart gefällt besonders, dass dies eine Region ist, die nicht durch Jammern und Klagen auffällt, sondern ihre eigenen Probleme anpackt und auch in der Lage ist, diese zu lösen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ohne jede Frage ist diese Region von europäischer Bedeutung. Die Region Südlicher Oberrhein ist ausgezeichnet wettbewerbsfähig aufgestellt. Diese Region hat nahezu das dreifache Wachstum bei der Beschäftigungsentwicklung gegenüber dem Landesdurchschnitt gehabt; Herr Kollege Hofer hat darauf hingewiesen. Diese Region ist vor allem durch konstruktive Arbeit und nicht durch Anklagen der Landesregierung zu dem geworden, was sie ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Es ist einfach völlig daneben – das müssen Sie sich anhand einiger statistischer Daten zeigen lassen –, hier hinzustehen

und zu sagen, diese Region habe eine gute Arbeit geleistet, aber vom Land sei nichts gekommen. Das ist grottenfalsch! Wir können Ihnen quer über sämtliche Bereiche hinweg belegen, dass das Land Baden-Württemberg die eigenständige Entwicklung dieser hervorragenden Region tatkräftig unterstützt hat, meine Damen und Herren.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Es gab viele Anläufe dafür!)

Wir haben das zum Beispiel erst zuletzt ganz aktuell gemacht, Herr Haas: Im Landesentwicklungsplan 2002 haben wir dieser positiven Entwicklung Rechnung getragen. Wir haben die Region als Teil des europäischen Verflechtungsraums Oberrhein ausgewiesen und damit die europäische Bedeutung unterstrichen.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Das heißt, wir reagieren auch auf Entwicklungen, die wir positiv begleitet und mit herbeigeführt haben. Weil wir im ganzen Land Wert darauf legen, haben wir natürlich auch darauf Wert gelegt, dass es in dieser Region Existenzgründungen gibt, damit junge Menschen ihre berufliche Perspektive und ihre Lebensperspektive in der Region sehen. Allein von 1996 bis zum ersten Halbjahr 2002 haben wir 2 500 Existenzgründungen, Festigungen und Unternehmensnachfolgen gefördert. 2 500, eine große Zahl aus dem Programm des Wirtschaftsministeriums für Existenzgründungsförderung!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir haben damit Unternehmensinvestitionen in einem Umfang von über 600 Millionen € bewegt, die Schaffung von über 1 500 Arbeitsplätzen bewirkt und zur Sicherung von über 13 000 Arbeitsplätzen beigetragen. Wenn Sie diese Zahlen sehen, dann können Sie seriöserweise einfach nicht hier hinstehen und sagen, die Landesregierung tue nichts. Wir haben dazu beigetragen, dass die Existenzgründung funktioniert, dass Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist die Leistung von CDU und FDP/DVP, im Gegensatz zu dem Jammern von Ihrer Seite.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben weitere begleitende Maßnahmen ergriffen, damit Gründungen, damit Übernahmen funktionieren können. Wir haben allein von 1996 bis heute über 2 200 Meister-BAföG-Unterstützungen gegeben, weil wir wollen, dass sich das Handwerk in dieser Region positiv entwickelt, weil wir die Meisterinnen und Meister dringend brauchen.

(Abg. Schmiedel SPD: Trotzdem sind wir auf dem vorletzten Platz!)

Wir haben – weil vom Kollegen Kretschmann kritisiert worden ist, wir hätten im Zusammenhang mit neuen Prozessen, neuen Produkten nichts gemacht – im Zeitraum von 1996 bis heute allein 70 Vorhaben zur Einführung von neuen Produkten, neuen Verfahren, vor allem im Bereich von Innovationen, neuen Technologien und im Umweltbereich, mit zins-